

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Briten lehnen Falkland-Angebot ab

London (AP) Grossbritannien hat am Dienstag das tags zuvor gemachte Angebot Argentiniens abgelehnt, die vor vier Jahren wegen der Falkland-Inseln ausgebrochenen Feindseligkeiten zwischen beiden Ländern formell für beendet zu erklären. Buenos Aires hatte dies mit der Forderung verbunden, Grossbritannien müsse die militärische Schutzzone um die Inseln — von Argentinien Malvinen genannt — aufheben, die es nach dem für die Briten siegreichen Krieg im Jahre 1982 um die Inselgruppe im Südatlantik gelegt hat.

Premierministerin Margaret Thatcher sagte vor dem Unterhaus, man werde nicht über die Souveränität der Falkland-Inseln verhandeln. Ohne direkt auf das argentinische Angebot einzugehen, sagte sie, oberste Richtschnur aller Entscheidungen seien die Wünsche der rund 1800 Bewohner der Inselgruppe. Diese haben sich wiederholt für ein Verbleiben bei Grossbritannien ausgesprochen.

Ein kleines «Basel» wäre auch bei uns möglich

Eine Überprüfung der Schutz- und Sicherheitsmassnahmen für gefährliche Stoffe dringend nötig

Die Brandkatastrophe in einem Basler Chemieunternehmen und die nachfolgende Vergiftung des Rheins hat auch in unserem Land die Frage laut werden lassen, wie es bei uns um die Schutz- und Sicherheitsmassnahmen beim Umgang mit giftigen Substanzen bestellt ist. Gewisse Sicherheitsvorkehrungen sind zwar getroffen worden, doch würden sie im Ernstfall, wie in Basel, wohl kaum ausreichen. Eine Überprüfung der Lagerhaltung und der Transporte in unserem Land und durch unser Land drängt sich deshalb auf.

Nach dem «Fall Basel» konzentriert sich das Interesse vor allem auf die Lagerhaltung von Kunststoffen und Pflanzenschutzmitteln durch die Landwirtschaft. Im Lagerhaus des Bauernverbandes in Schaan sind zwar nicht so grosse Mengen an Gift- und Düngestoffen gelagert, wie viele vielleicht meinen, doch im Brandfall könnten vermutlich grössere Schäden

entstehen, als man gemeinhin annimmt. Jährlich werden in unserem Land mehrere hundert Tonnen Kunststoffe auf Wiesen und Felder ausgebracht, die aber — wie der Präsident des Bauernverbandes, Adolf Real, erklärt — nicht oder nur kurze Zeit in grösseren Mengen beim Lagerhaus deponiert werden. Der überwiegende Teil gelangt von der Eisenbahn direkt an die landwirtschaftlichen Kunden.

Beim Bauernverband zeichnet sich überdies eine bessere Lösung für die Zukunft ab, wie der Geschäftsführer des Bauernverbandes, Adolf Goop, auf Anfrage mitteilte. Der Bauernverband plant für die weitere Zukunft die Erstellung eines neuen Lagerhauses, das nicht mehr inmitten der Wohnsiedlung Schaan stehen soll. Dort sollen auch die notwendigen Einrichtungen für die sachgerechte und ungefährliche Lagerung von Kunststoffen und Giftstoffen errichtet werden.

Das Lagerhaus des Bauernverbandes war am diesjährigen Feuerwehrtag Gegenstand einer Feuerwehrrübung, deren Annahme davon ausging, dass Chemikalien in Brand geraten seien. Die Gefahr und die Problematik ist also, wie der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Franz Tschugmell, auf eine entsprechende Frage erklärte, den Feuerwehren bekannt. Nach seinen Worten liegt auch eine Erhebung über den Transport und die Lagerung gefährlicher Güter vor, ebenso sei ein Chemie-Beraterstab gebildet worden.

Im Ernstfall könnten sich aber dennoch Probleme ergeben, da die Feuerwehr Schaan nur teilweise auf Brandbekämpfung mit Chemikalien geschult ist. «Wir würden», meinte Feuerwehrkommandant Fritz Thöny, «sofort eine Sperrung dieses Gebietes vornehmen und Alarm bei speziell ausgerüsteten Feuerwehren in der Umgebung auslösen». Ausserdem könnten Experten zur Abklärung der Löschart nach der Entzündung von Chemikalien beigezogen werden.

Etwas optimistischer sieht Egon Oehri, Klärwart der ARA Bendorf, die Situation aus der Sicht des Abwassers. Rund tausend Kubikmeter Wasser könnte gespeichert werden, um anschliessend die giftigen Substanzen zu entfernen.

Viele offene Fragen bleiben dennoch zurück. Eine davon ist die Frage der Information der Bevölkerung. (G.M.)

Landesbank-PS

Vom 3. bis 13. Dezember

Die seit längerem angekündigte Ausgabe von Partizipationsscheinen der Liechtensteinischen Landesbank erfolgt nun doch noch in diesem Jahr. Wie uns von Landesbank-Kreisen bestätigt wurde, erfolgt die Ausgabe von 400 000 PS von nominal 50 Franken und zum Ausgabepreis von 175 Franken in der Zeit vom 3. bis 13. Dezember 1986. Die Konsortialführung dieser Emission wird von der Zürcher Kantonalbank übernommen. Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, sollen je 200 000 PS dem Publikum in Liechtenstein und der ausländischen Kundschaft zur Zeichnung angeboten werden. Nach dem Motto «Jedem Liechtensteiner ein Stück Landesbank» wird damit jedermann in Liechtenstein die Möglichkeit haben, Partizipationsscheine der Landesbank zu zeichnen und zu erhalten. Die PS-Ausgabe der Landesbank ist somit nicht nur für deren Kundenkreis reserviert.

Die PS-Emission der Landesbank wird am 2. Dezember anlässlich einer Präsentation in Zürich vorgestellt und verleiht den Feierlichkeiten zum 125jährigen Bestehen der Landesbank, am 5. Dezember, eine besondere Note.

Die Polizei kann keine Autobestandteile mitführen

Antwort der Regierung auf eine Anfrage über Verkehrskontrollen und Kontrollen von Fahrzeugen

Fehlt an einem Motorfahrzeug ein gesetzlich vorgeschriebener Bestandteil oder eine Beschilderung, so ist es nicht die Aufgabe der kontrollierenden Polizei-Streife, die fehlenden Teile zum Verkauf anzubieten. Diese Erklärung gab Regierungsrat Wilfried Büchel auf eine Anfrage im Landtag, die auf strenge Kontrollen und umständliche Abwicklungen bei der Kontrolle hingewiesen und die Frage nach einer Vereinfachung bei Bagatellvergehen gestellt hatte.

In der Fragestunde des Landtags hatte der VU-Fraktionssprecher Hermann Hassler unter dem Titel «Wahre Kurzgeschichte» in ergreifenden Worten geschildert, wie eine «junge Autofahrerin» bei einer Verkehrskontrolle hängengeblieben sei. Die «junge Mama» hatte, wie sich bei der eingehenden Kontrolle durch Hilfs- und richtige Polizisten ergab, das gesetzlich erforderliche FL-Nationalitätszeichen auf ihrem sonst «vorschriftsmässig ausgerüsteten Autölein» nicht angebracht. Also forderten sie die Ordnungshüter gemäss Dienstvorschrift auf, das fehlende Hoheitszeichen anzubringen und innert einer gewissen Frist bei der Polizei vorzuführen.

Weniger aufwendige Erledigung?

Für die «frisch gebackene Verkehrs-sünderin», wie sich der VU-Sprecher in epischer Breite ausdrückte, begann nach der mit Schmunzeln aufgenommenen Schilderung ein richtiger Leidensweg, bis sie endlich dem zuständigen Dienstchef der Polizei das FL-Schildchen vorzeigen konnte. Parkierungsprobleme vor dem Regierungsgebäude aufgrund von Belagsarbeiten veranlassten «die Arme» zu einem unfreiwilligen Aufenthalt in einem nahen Café und erforderten somit einen unverhältnismässig hohen Zeitaufwand. Der VU-Fraktionssprecher wollte deshalb von der Regierung wissen, ob sich derartige Bagatellvergehen nicht weniger aufwendig erledigen liessen, ob die Polizei nicht einige Requisiten mitführen und bei Kontrollen — gegen Barzahlung natürlich — abgeben könnten und ob solch dienstfeindliche Erledigung von kleinen Verstössen nicht das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen.

Auch schriftliche Erledigung möglich

Regierungsrat Wilfried Büchel wies in seiner Antwort darauf hin, dass die beanstandete Verkehrskontrolle im Rahmen eines Hipo-Ausbildungskurses stattgefunden habe, der eine Reihe von Ausbildungspunkten — von der Waffenhandhabung bis zur technischen Verkehrskontrolle — umfasste. Zur Erhebung von Mängeln und Übertretungen führte er wörtlich aus: «Bezüglich der Behandlung von Bagatellübertretungen wird der Fahr-

er nicht gebüsst, sondern lediglich mittels eines Mängelrapportes aufgefordert, den Mangel zu beheben und das Fahrzeug innert nützlicher Frist vorzuführen. In der Regel wird in solchen Fällen jeder Lenker darauf aufmerksam gemacht, den beanstandeten Mangel zu beheben und das Fahrzeug entweder bei einer Polizeidienststelle oder der Motorfahrzeugkontrolle vorzuführen oder den ausgestellten Mängelrapport bei einem Garagisten absteampeln zu lassen und den Rapport per Post an die Polizei weiterzuleiten.

Die Polizei hat die Erfahrung gemacht, dass beanstandete Mängel in etwa der Hälfte der Fälle nur dann behoben werden, wenn ein Mängelrapport ausgestellt wurde.

Was die Frage in bezug auf den Verkauf von fehlenden Teilen anbetrifft, kann es sicher nicht Sache einer Polizeistreife sein, gesetzlich vorgeschriebene Bestandteile von Fahrzeugen zum Verkauf in Streifenfahrzeugen mitzuführen und an Fahrzeuglenker zu verkaufen, die von Gesetzes wegen für die Betriebssicherheit ihrer Fahrzeuge zuständig sind.»

Im weiteren betonte er, dass die Polizei angewiesen sei, auch bei geringen Verkehrsübertretungen Kontrollen vorzunehmen und entsprechend zu handeln. Mit Nachdruck hielt Regierungsrat Wilfried Büchel am Schluss seiner Ausführungen fest, dass die Verkehrspolizei gemäss Vorschrift handle und in den allermeisten Fällen mit der grösstmöglichen Toleranz vorgehe. (G.M.)

Die Starthilfe ist abgeschlossen

Der Landtag bewilligte Ergänzungskredit für die Gasversorgung

Zur Vorfinanzierung der Anlagekosten für das Transport- und Verteilnetz sowie für den vorgezogenen Ausbau des örtlichen Feinverteilnetzes der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) hat der Landtag in seiner Sitzung vom 12. November einen Ergänzungskredit in Höhe von sieben Millionen Franken bewilligt. Die vom Land bereitgestellten Mittel zur Vorfinanzierung der Anlagekosten erhöhen sich damit auf 34,9 Millionen Franken.

Durch das rasche Fortschreiten der Arbeiten beim Aufbau der Hochdruckanlage und des Mitteldrucknetzes werden die budgetierten Anlagekosten von 15 Millionen Franken im laufenden Jahr auf 20 Millionen Franken ansteigen. Neben der Ausweitung des Verpflichtungskredites für das Gesamtprojekt hat der Landtag deshalb auch einen Nachtragskredit von fünf Millionen Franken zur Vorfinanzierung der sich abzeichnenden Mehrkosten genehmigt. Die erhöhten Finanzierungsmittel werden aus dem staatlichen Investitionsfonds entnommen. Mit dem Er-

gänzungskredit von sieben Millionen Franken, der sich aus Mehrkosten durch die einmalige Abfindung der Durchleitungsrechte durch Vorarlberg (drei Millionen Franken) sowie dem vorgezogenen Ausbau des Feinverteilnetzes in den Jahren 1987 bis 1990 zusammensetzt, sind die Zuwendungen des Staates als Starthilfe abgeschlossen.

«Solarzeitalter» nicht verpassen

Erfreut über die rasche Realisierung der Gasversorgung und die unerwartet grosse Anschlussfreudigkeit zeigten sich vor allem die beiden Fraktionssprecher Josef Biedermann und Hermann Hassler, die der Gasversorgung nahelegen, durch eine verstärkte Werbung das Interesse der Bevölkerung für Erdgas zu wecken, um in Zukunft auf selbstständigen Beinen zu stehen. Josef Biedermann würdigte die effiziente und positive Zusammenarbeit beim Aufbau der Gasversorgung und dankte die bisherige erfolgreiche Arbeit. Wir müssten uns aber bewusst sein, dass wir einen fossilen Rohstoff verbrennen würden, mit dem wir auch aus Rücksicht auf unsere Umwelt sparsam umgehen müssten. Der FBP-Fraktionssprecher begrüsste den Eintritt ins «Erdgaszeitalter», hoffte aber auch, dass wir dadurch den Eintritt ins «Solarzeitalter» nicht verpassen würden.

(Das Votum des FBP-Abgeordneten Josef Biedermann lesen Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)

Nebenbei

Die «wahre Kurzgeschichte» über die missliche Lage der «normalerweise recht humorvollen und umgänglichen Verkehrssünderin» liess die Abgeordneten des Landtags nicht nur mit Schmunzeln am Schicksal Anteil nehmen, sondern auch die naheliegende Frage aufkommen, welche Person den VU-Fraktionssprecher zu diesem literarischen Höhenflug veranlasst hatte. Wie aus Polizeikreisen inoffiziell verlautete, soll es sich bei der «jungen Mama», die «vom Unterland ins Oberland zur Polizeiresidenz» zur Kontrolle fahren musste, um die Gattin des Literaten handeln. Kündigt sich eine Renaissance des Minnegesanges auf höherer Ebene an?

Millionenverluste für Graubünden

Chur (spk) Der Verzicht auf das Wasser-Kraftwerk in der Greina-Hochebene bringt für Graubünden «enorme wirtschaftliche Einbussen», betonte die Kantonsregierung am Mittwoch in Chur. Einnahmen von rund 800 Mio Franken schwimmen so den Rhein hinab. Am 11. November haben die Rhätischen Werke für Elektrizität (RW) und die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) gegenüber dem Kanton Graubünden und den Gemeinden Somvix und Vrin ihren Verzicht auf die Greina-Konzession erklärt, die sie seit 1962 besitzen.

Alleine an Wasserzinsen und Steuern entgehen Kanton und Gemeinden pro Jahr rund 5 Mio Franken — und das über eine Konzessionsdauer von 80 Jahren. Dazu kommen Quellensteuern, Nebenleistungen und Investitionen von rund 400 Mio Franken.

639 Ausländer verliessen das Land

Vom 1. Januar bis 31. August 1986 sind aus unserem Land insgesamt 639 Ausländer weggezogen. Nach der Abgangstatistik waren dies 216 schweizerische Bürger, 210 Österreicher, 30 Deutsche und 60 italienische Staatsangehörige.

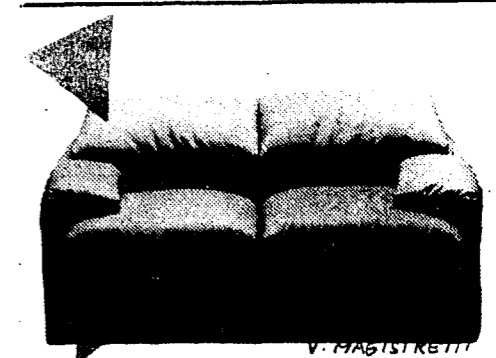
Von den 639 weggezogenen Ausländern besaßen 291 eine Aufenthaltsbewilligung und 221 waren im Besitze einer Niederlassungsbewilligung. Ausserdem verliessen 127 Personen mit Saisonbewilligung unser Land. Im Vergleich zum Vorjahr, als 617 Personen weggezogen, hat sich die Zahl der Abgänge leicht erhöht, doch liegt sie deutlich unter den Zahlen früherer Jahre. 1984 beispielsweise verliessen 776 ausländische Staatsangehörige unser Land.

Die meisten wegziehenden Ausländer, nämlich 300 Personen, waren weniger als drei Jahre in unserem Land. 65 Personen hatten eine Aufenthaltsdauer von drei bis fünf Jahre, während 274 Personen vor ihrem Wegzug mehr als fünf Jahre in Liechtenstein gelebt hatten.

Eine Million für Mörder von Besse

Paris (spk/dpa) Für die Ergreifung der Mörder des Renault-Chefs Georges Besse sind in Frankreich am Mittwoch eine Million Francs Belohnung ausgesetzt worden. Der Tat dringend verdächtig sind die 22jährige Nathalie Menigon und eine andere Frau namens Joelle Aubron, die steckbrieflich gesucht werden. Beide Frauen sollen am Montag abende hinter Besse gegangen sein, nachdem er von seinem Fahrer kurz vor seiner Wohnung in Paris abgesetzt worden war.

Nathalie Menigon gilt als Freundin des Mitgründers der linksextremistischen Terrororganisation «Action Directe» (AD), Jean-Marc Rouillan. Sie war 1980 verhaftet und 1982 aus gesundheitlichen Gründen wieder freigelassen worden. Die Presse beschrieb sie am Mittwoch als eine «Frau, die nicht zögert zu töten».



THONY
Die Woche - 1986

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld

afi

ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 20.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen